

# Wann ist die Politologie gesellschaftlich relevant?

Auf der 1. Thementagung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) ging es auch um die Rolle der Wissenschaft in der medialen Öffentlichkeit

Politisch bewegte Zeiten, die unter anderem von Demokratiemüdigkeit, vom Entstehen neuer rechter Parteien und von globalen Konflikten geprägt sind, führen zu einem verstärkten Interesse der Öffentlichkeit, die Wissenschaft zu Wort kommen zu lassen. Kann die Politikwissenschaft diesem Interesse nachkommen? Und wie stehen Vertreterinnen und Vertreter des Faches Politikwissenschaft zu der Herausforderung, sich vor dem Mikrofon zu den großen politischen Fragen der Zeit zu äußern?

## Langstrecke und Kurzstrecke

In der von Kim Björn Becker (FAZ) moderierten Runde im Rahmen der 1. DVPW-Thementagung an der Goethe-Universität wurden unterschiedliche Einschätzungen formuliert. Prof. Carlo Masala (Universität der Bundeswehr München) diagnostizierte, dass der Politikwissenschaft der Mut fehle, die großen Fragen zu stellen; für die Themen, mit denen man sich beschäftige, interessiere sich außerhalb des Faches niemand. Mit der Beantwortung „großer Fragen“ mache man an der Universität keine Karriere. Prof. Brigitte Geißel (Goethe-Universität) hielt dagegen: Die Relevanz des Faches zeige sich auch darin, dass im vorletzten Jahr Bundespräsident Steinmeier dem Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität einen Besuch abgestattet habe. Politikwissenschaftler seien heute schon sehr gefragt. Die Wissenschaft entwickle Zukunftsideen und Utopien, arbeite evidenzbasiert und könne mit ihrem Wissen die Welt besser machen. Politikberatung könne auch darin bestehen, mit Journalisten und NGOs zu sprechen und dabei auch Fragen zu stellen. Prof. Karl-Rudolf Korte (Universität Duisburg-Essen) stellte die These auf, dass Wissenschaftler nicht nur „Kurzstreckenläufer“ seien, die in Journals publizieren, sondern vor allem „Langstreckenläufer“, die Zeit benötigten, in Monographien Ideen zu entwickeln und Wissen zu produzieren. Sein Kollege Prof. Hubertus Buchstein (Universität Greifswald) stellte fest, dass die Politikwissenschaften mit nunmehr 400 Professuren in Deutschland nicht unbedingt mehr Einfluss hätten als vor 60 Jahren, als es gerade mal 20 Professuren gegeben habe. Man müsse auch mal, so Buchstein, den Begriff der Relevanz hinterfragen. Die Ausdifferenzierung der Medienlandschaft und die hohe Zahl an Fernsehsendern, die Experten suchten, sei nicht das Problem der Politikwissenschaft. Er wehre sich gegen einen „Turn zur Öffentlichkeit“. Für den Blick der Medien auf die Politikwissenschaft saß Michaela Kolster, Programmgeschäftsführerin des Fernsehsenders Phoenix, auf dem Podium. Sie betonte, dass der Journalismus die Fachlichkeit der Wissenschaft unbedingt benötige; um die Welt besser zu machen, fehle den Politikologen aber die Durchsetzungskraft.

## Fachlichkeit vs. Common Sense

Der Moderator Kim Björn Becker fragte nach, ob bei Medienanfragen die wissen-

schaftliche Expertise im Fokus stehe oder ob nicht eher Common-Sense-Aussagen angefragt würden. Journalistische Profis könnten schon nach Fachgebieten differenzieren, betonte Karl-Rudolf Korte. Allerdings mache er schon die Erfahrung, dass ein Wissenschaftler, der „stolperfrei“ formulieren könne, auch gerne mal zu einem ganz anderen Gebiet jenseits seiner Forschung befragt werde. Zwar sollte die Expertise immer im Mittelpunkt stehen. Durch Zielvereinbarungen im Bereich der Third Mission gehöre es heute allerdings zur Reputation einer Hochschule, dass ihre Forscherinnen und Forscher in der Öffentlichkeit sichtbar seien. Dies sei auch für die Drittmittelakquise und die Attraktivität von Studiengängen wichtig. Die Neigung mancher Medien, Aussagen zuspitzen zu wollen, könne bisweilen dazu führen, dass das Interview abgebrochen werde und die Anfragen des Journalisten dauerhaft unbeantwortet blieben, betonten übereinstimmend Carlo Masala und Hubertus Buchstein. Unterschiedliche Meinungen ergaben sich auch bei der Frage, ob die Politikwissenschaft die „großen Fragen“ adressiere. Carlo Masala vermisste, dass Politikologen ein Thema wie die zunehmende Bipolarität der Weltpolitik mit den beiden Playern USA und China in die Öffentlichkeit tragen, es seien häufiger Thinktanks, von denen öffentliche Debatten ausgingen. Brigitte Geißel widersprach dieser Einschätzung; zudem könne auch eine

„kleinteiligere“ Forschung zu den großen Themen ihren Beitrag leisten.

## Social Media: Chance oder Gefahr?

Im Laufe der Diskussion wurde unter anderem von Prof. Hans-Jürgen Puhle (Goethe-Universität) angemahnt, auch über die tiefgreifenden Veränderungen im Mediensystem durch Social Media zu diskutieren. Ein Donald Trump, so Michaela Kolster, brauche die klassischen Medien immer weniger, weil er das Publikum direkt über Twitter erreiche. Social Media eröffne der Wissenschaft aber auch große Möglichkeiten, betonte Carlo Masala; beispielsweise mit Podcasts erreichten sie nicht nur ihre Fachkollegen, sondern ein breites Publikum. Bei Erfolg meldeten sich dann auch mal die klassischen Medien, so Masala. In Zeiten einer nur am Realen und Machbaren orientierten Großen Koalition müsste es gerade die Rolle öffentlicher Intellektueller sein, Möglichkeiten aufzuzeigen, so Karl-Rudolf Korte. Brigitte Geißel beklagte, dass die Wissenschaft bei Beratungen in Expertenkommissionen oft nur eine „Feigenblatt“-Funktion innehatte und nur wenig gehört werde. Grundsätzlich unterstrich sie aber die Bedeutung, den Impact aus der Wissenschaft in die Gesellschaft hinein wahrzunehmen. In den USA spiele diese öffentliche Rolle von Wissenschaftlern auch bei Berufungsverhandlungen bereits eine große Rolle. Hubertus Buchstein nannte wiederum im Hinblick auf die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft auch und vor allem die Verpflichtung, ihre Autonomie zu verteidigen. df

Die Tagung fand Mitte Dezember an der Goethe-Universität statt, wo sie vom Forschungszentrum Normative Ordnungen und dem Institut für Politikwissenschaft gemeinsam organisiert wurde. [www.hochschullehre-politik.de/aktivitaeten/veranstaltungen/thementagung-2019-frankfurt](http://www.hochschullehre-politik.de/aktivitaeten/veranstaltungen/thementagung-2019-frankfurt)

## GEFÄHRDUNG DER DEMOKRATIE DURCH NEUE ARBEITSVERHÄLTNISSE?

### Der Sozialphilosoph Axel Honneth sprach auf der Tagung des House of Labour über Arbeit im digitalen Zeitalter

Prof. Axel Honneth, ehemals Direktor des Instituts für Sozialforschung und heute an der New Yorker Columbia University lehrend, sprach auf der Tagung des House of Labour über die Zukunft der Arbeit. Bereits in Hegels Rechtsphilosophie sei der Gedanke entwickelt worden, dass Arbeit nicht nur den Broterwerb sichere, sondern vor allem den Menschen zum Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft mache. Allerdings sei dies erst 150 Jahre später mit der Lohnarbeit realisiert worden; die Menschen hätten zwar nicht die Unabhängigkeit, aber eine Form von Sicherheit erworben. In der Gegenwart, so Honneth, ergebe sich kein einheitliches Bild: Die Digitalisierung ermögliche zum einen die Überwachung, zum anderen aber auch eine Flexibilisierung der Arbeit. Der Aufweichung des Kündigungsschutzes und der Zunahme unqualifizierter Beschäftigungsverhältnisse stünden Verbesserungen im Bereich des Mutterschutzes und beim Schutz von Minderheiten gegenüber. Bei Unternehmen wie Amazon zeige sich eine Überforderung der Mitarbeiter durch eine digitale Kontrolle; der „algorithmische Druck“ bedeute, dass jede Bewegung des Arbeitnehmers erfasst werde. Aus normativer Sicht sei die in der Arbeit entstehende gemeinsame Erfahrungsbildung, so Honneth, die Vorschule demokratischen und gemeinwohlorientierten Handelns. Er warnte davor, dass das bedingungslose Grundeinkommen, wenn es zu gering ausfalle, kein demokratisches Engagement und keinen kooperativen Geist bei den Empfängern fördere. Konzepte wie die „Flexicurity“, die in einigen Ländern als Verbindung von „Flexibility“ und „Security“ bereits probiert werde, versuchten hingegen dem Arbeitnehmer auch im Zeichen von Digitalisierung und Automatisierung eine demokratische Betätigung zu sichern, ohne an dem Bild des Normalverhältnisses von Arbeit festzuhalten. Einer „Entberuflichung“, wie sie sich durch Digitalisierung vor allem im Banken- und Versicherungswesen zeige, müsse entgegengesteuert werden; denn dies bedeute den Verlust einer gemeinschaftlich ausgeübten Tätigkeit. Der Arbeitsmarkt sollte prinzipiell demokratietauglich sein und nicht umgekehrt, forderte Honneth. df

Die Tagung **Zukunft der Arbeit – gute Arbeit und gutes Arbeitsleben im digitalen Zeitalter** fand am 16. Januar im Casino-Gebäude auf dem Campus Westend der Goethe-Universität statt. <https://www.house-of-labour.de>

## Impressum

### Herausgeber

Die Präsidentin der Goethe-Universität Frankfurt am Main  
V.i.S.d.P. Dr. Olaf Kaltenborn (ok)

### Redaktion

Dr. Dirk Frank (df)  
frank@pww.uni-frankfurt.de

### Abteilung PR und Kommunikation

Theodor-W.-Adorno-Platz 1  
60323 Frankfurt am Main  
Fax (069) 798-763 12531  
unireport@uni-frankfurt.de  
www.uni-frankfurt.de

### Mitarbeiter dieser Ausgabe

Stefanie Hense, Ulrike Jaspers,  
Isabelle Hammerschmidt, Natalia Zajić

### Anzeigenverwaltung

CAMPUSERVICE  
Axel Kröcker  
Rossertstr. 2  
60323 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 715857-124  
Fax (069) 715857-20  
akr@uni-frankfurt.campuservice.de

### Gestaltung

Nina Ludwig M. A., Goethe-Universität Frankfurt  
Mitarbeit: Peter Kiefer Mediendesign, Frankfurt

### Korrektorat

Ariane Stech, Meckenheim  
arianestech@yahoo.de

### Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei  
Druckzentrum Mörfelden  
Kurhessenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

### Vertrieb

HRZ Druckzentrum der Universität  
Senckenberganlage 31  
60325 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 798-23111

Der UniReport ist unentgeltlich. Für die Mitglieder der VFF ist der Versandpreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder. Der UniReport erscheint in der Regel sechs Mal pro Jahr. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt verteilt. Für unverlangt eingesandte Artikel und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Die Redaktion behält sich Kürzungen und Angleichungen an redaktionelle Standards vor. Urheber, die nicht erreicht werden konnten, werden wegen nachträglicher Rechteabgeltung um Nachricht gebeten.

